

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (15. Jahrgang, Nr.05, Mai 2021)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Die Politiker in Deutschland stehen zurzeit in einem großen Verdrängungswettbewerb. Allerdings nicht untereinander – sie verdrängen gemeinsam die Realität.

Lothar Späth, geb. 1937, CDU-Politiker

Die Diskussion um ein Grundeinkommen nimmt zu

Bisher diskutieren vor allem Experten um ein Grundeinkommen. Dabei spricht man vom „bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)“ ebenso, wie von einem „sozial gerechten Grundeinkommen“, und es werden Summen zwischen 800 € bis 1.500 € genannt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Diskussion in den nächsten Jahren von der Expertenebene in die Öffentlichkeit verlagert. Deshalb tun wir gut daran, uns sowohl als Einzelner, wie in der Brüder- und Schwesternschaft als auch in allen gesellschaftlichen Organisationen und in der Evangelischen Kirche mit diesem Thema zu befassen, um die Diskussion nicht allein den sogen. Experten und den Politikern zu überlassen. Deshalb setzt sich DAGS mit diesem Thema, mit den Argumenten pro und contra auseinander und entwickelt dazu eigene Ideen.

In der Diskussion sollte es nicht nur um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, sondern um ein „sozial gerechtes Grundeinkommen“ für alle Bürger über 18 Jahre gehen.

Ein sozial gerechtes Grundeinkommen wäre ein Beitrag, die grundgesetzlich garantierte Menschenwürde und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf ein breites Fundament zu stellen und ist deshalb anzustreben. Das würde dazu führen, dass sich viele Menschen nicht mehr von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen fühlen und nicht mehr das Gefühl haben, sich „nackt ausziehen“ zu müssen, bevor sie Hilfe vom Staat in Anspruch nehmen können.

Das sozial gerechte Grundeinkommen sollte nach Auffassung von DAGS mindestens 1.100 € betragen, für Kinder und Jugendliche die Hälfte.

Dieses sozial gerechte Grundeinkommen wird für alle, die über weniger als 1.100 € an Einnahmen (Löhne, Renten oder andere Einnahmen) verfügen, vom Finanzamt ausbezahlt. Wer mehr als 1.100 € Einnahmen hat, zahlt auf alles, was diesen Betrag übersteigt, Steuern. – Für außergewöhnliche Belastungen sind durch den Gesetzgeber Sonderregelungen zu treffen.

Ein sozial gerechtes Grundeinkommen würde es notwendig machen, unser gesamtes Gesellschaftssystem, insbesondere unser Steuersystem, grundlegend zu verändern.

Es sollte keine neue Mammutbehörde aufgebaut werden, sondern diese Aufgabe könnte den Finanzämtern übertragen werden. Dadurch könnten viele Stellen bei Behörden eingespart werden, welche bisher mit der Berechnung von Beitragsberechtigungen und Hartz-IV-Sätzen beschäftigt waren und mit diesen die Finanzämter und/oder die durch die Corona-Pandemie besonders belasteten Gesundheitsämter personell aufgestockt werden.

Alle noch ungeklärten Fragen dürfen nicht dazu führen, ein sozial gerechtes Grundeinkommen vorschnell grundsätzlich abzulehnen, sondern erfordern eine offene Diskussion über die Umgestaltung der durch Digitalisierung und Automatisierung geprägten Gesellschaft, in welcher künftig die Stellung des Einzelnen nicht mehr durch seine Gewerbsarbeit, sondern durch andere Faktoren geprägt sein wird.

Wir sollten uns in der Brüder- und Schwesternschaft damit befassen und konkrete Vorschläge dazu erarbeiten.

Klaus-Rainer Martin

Ein erwähnenswertes Buch

Ein deutsches Gefängnis im 21. Jahrhundert Redakteure der unzensierten Dresdner Gefangenzeitung „Der Riegel“ berichten

herausgegeben von Ulfrid Kleinert und Lydia Hartwig
ISBN 978-3-948935-14-6; Preis: 12,90 €

Dieses Buch schildert anschaulich die Vielfalt dessen, was im Gefängnis tatsächlich geschieht und was das Gefängnis ausmacht – aus der Sicht einer großen Gruppe betroffener Gefangener und Ehrenamtlicher, die mit ihnen Kontakt haben. In den ersten zwanzig Jahren unseres Jahrhunderts haben rund vierzig von ihnen aufgeschrieben, was sie im 2001 neugegründeten Dresdner Gefängnis erlebt haben.

Wer wissen will, was dort wie andernorts ihre Resozialisierung fördert und was sie verhindert, kann es in diesem Buch nachlesen. Die hier ausgewählten Berichte sind in der unzensierten Dresdner Gefangenzeitung „Der Riegel“ erschienen. Sie zeigen den Gefangenen selbst, vor allem aber interessierten Lesern

rInnen draußen, dass es im Gefängnis viel guten Willen gibt, ein aufgeklärtes Land aber nicht nur einen besseren Strafvollzug braucht, sondern „etwas, das besser ist als Strafvollzug“ (Gustav Radbruch).

Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung im Freistaat Sachsen schreibt im Vorwort:

Das vorliegende Buch gibt aus neuer Perspektive und mit zahlreichen Beispielen den Blick frei auf dieses Verständnis eines modernen und humanen, offenen Justizvollzugs. Es versammelt persönliche Schilderungen, Alltagsreportagen und satirisch-poetische Texte, die seit 2001 in der Gefangenenzeitung *Der Riegel* erschienen sind. Gemeinsam von Gefangenen und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen der Justizvollzugsanstalt Dresden gestaltet erscheinen im Riegel ungebändigte, unverstellte und auch kritische Texte. Texte von teils großer poetischer Ausdruckskraft. Sie spiegeln den Lebensrhythmus des Gefängnislebens. Sie schildern Erinnerungen an das Leben vor der Inhaftierung und sie formulieren Wünsche und Hoffnungen für die Zeit danach. Sie sprechen davon, wie sich der Verlust der Freiheit anfühlt und wie schwierig es sein kann, später mit der wiedererlangten Freiheit umzugehen.

Die zahlreichen Schilderungen von Ereignissen, die aus dem Alltag herausragen und die Gefängnismauern durchlässig machen, wie Konzertbesuche, Workshops, Ausflüge und Sportfeste, lassen nicht nur erahnen, welche Schlüsselrolle dem wichtigen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer:innen, der Fachdienste und der Seelsorge zukommt, sondern auch, wie wichtig ein familienorientierter Vollzug ist.

Was möglich wird, wenn Gefangene und Mitarbeiter:innen gemeinsam gestalterisch wirken und wenn Kommunikation funktioniert, auch davon legt das Buch Zeugnis ab. Schlägt man es auf einer beliebigen Seite auf, erhält man einen authentischen Einblick in die realen Lebenswelten der Gefangenen und zugleich einen greifbaren Eindruck davon, wie dringlich die Anliegen einer humanen Vollzugspraxis sind. Dazu zählen nicht nur der Ausbau der Suchttherapiestationen, die Stärkung von Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen und die Erhöhung der Beschäftigungs- und Lernangebote, sondern auch die Förderung der kriminologischen Forschung in Sachsen. Aufgabe einer humanen Vollzugspolitik ist es, diese Anliegen zu fördern und die Aufmerksamkeit der gesamten Gesellschaft auf die von ihr Bestraften zu lenken – so wie es dieses Buch in vorbildlicher Weise tut.

In einem Gedicht, das sich im letzten Kapitel des Buchs findet, denkt ein Gefangener unter der Überschrift "Warum" über sich und seine Situation nach:

"Warum bin ich unfähig zu reden?

Weil mir nie jemand zugehört hat ..."

Ich verstehe diesen Wunsch nicht nur nach jemandem der zuhört, sondern auch als Aufforderung und Einladung an die Gesellschaft sich zu beteiligen. Beteiligen an der Entwicklung einer Einsicht der Verurteilten in eigenes Fehlverhalten. Beteiligen auf dem Weg, dieses Verhalten zu verändern. Beteiligen an der Entwicklung einer tragfähigen Perspektive nach der Haft.

Das Buch *Ein deutsches Gefängnis im 21. Jahrhundert*, das Sie hier in Händen halten, ist in diesem Sinne eine Einladung zuhören und vielleicht auch zum persönlichen Engagement.

**Forscher geben Entwarnung
- Höhepunkt der populistischen Welle laut
neuen Untersuchungen gebrochen**

In Berlin und anderswo demonstrieren Corona-Leugner*innen, in vielen Wahlkreisen ist die AfD in den jeweiligen Parlamenten vertreten, bei Facebook und Co zählt ein plummes Schlagwort oft mehr als ein wohlüberlegtes Argument. Dennoch kommt eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) und der Bertelsmann-Stiftung zu dem Ergebnis, dass „der Trend eines zunehmend populistisch aufgeladenen Meinungsklimas in Deutschland“ gebrochen sei. Laut einer Pressemitteilung waren im Juni 2020 jede*r fünfte Wahlberechtigte populistisch eingestellt, im November 2019 war es noch jede*r dritte. Im Gegenzug habe die Zahl unpopulistischer Wähler*innen sogar noch stärker zugenommen.

Mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten lehnen die AfD weiterhin ab. Dieser Wert hat sich trotz des Einzugs der Partei in den Deutschen Bundestag im Herbst 2017 nicht verändert, was die Forscher*innen für ungewöhnlich halten. Mit Blick auf die Studienergebnisse warnen deren Autor*innen vor der Gefahr einer Radikalisierung der verbleibenden Populisten am rechten Rand. Sie sehen Anzeichen für eine zunehmende Verschmelzung und Überlappung mit rechtsextremen Einstellungen. Die Corona-Krise machen die Forscher*innen übrigens nicht für diesen Stimmungswandel verantwortlich, denn der sei bereits im Verlauf des Jahres 2019 erkennbar gewesen. Allerdings hätten Verlauf und politisches Management der Krise dazu beigetragen, den Trend zu verstärken und zu festigen. Populismus definieren die Forscher*innen als eine bestimmte Idee von „Demokratie“ mit der Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk“ und „korrupten Eliten“, als Idee eines allgemeinen Volkswillens und als Idee gesellschaftlicher Gleichheit. Geprägt seien populistische Argumentationen durch das Bild des „guten“ Volkes und des „bösen“ Establishments.

aus: *Verdi-Publik 6-2020*

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Für unsere Treffen 2021
haben wir folgende Termine
jeweils montags von 16.30 bis 18.00 Uhr**

**12.04., 10.05., 14.06.
12.07., 09.08., 13.09.,
11.10., 08.11.**

**Ob wir uns wieder nur über Skype austauschen
oder wieder persönlich treffen können,
und wo wir in diesem Fall tagen werden,
kann derzeit noch nicht gesagt werden
und wird kurzfristig im Internet bekannt gegeben**

Öffne deinen Mund für den Stummen, für das Recht aller Schwachen!

(Monatsspruch für Mai 2021 aus Spr. 31,8)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

30. April 2021